

Kanton erklärt, Volk debattiert

In Altstätten zeigt sich am ersten Informationsanlass zum Windkraft-Ausbau, wie emotional das Thema ist.

Jochen Tempelmann

«Wir müssen die Menschen von Betroffenen zu Beteiligten machen», sagte Susanne Hartmann, Bau- und Umweltdirektorin des Kantons St. Gallen, als sie im Februar erstmals die Pläne zum Ausbau der Windenergie zuerst den Gemeinden und Regionen vorgestellt hatte. Von Anfang an war klar, dass sich die Begeisterung darüber bei der Bevölkerung in Grenzen halten würde.

Am Montagabend stand die Regierungsrätin daher im gut besuchten Saal des Hotels Sonne in Altstätten. Es war der Auftakt zu einer Informations- und Diskussionskampagne, die in den kommenden Tagen in Rapperswil-Jona, Wil und Sargans gastieren wird. Das Ziel: die Fragen der Bevölkerung klären und Bedenken frühestmöglich entgegenwirken.

17 Standorte für Windräder in den Richtplänen

Bis Ende des Jahres will der Kanton 17 potenzielle Standorte für Windenergie in den Richtplänen verankern, die sich über das ganze Kantonsgebiet verteilen – vom Grenzgebiet zwischen der Stadt St. Gallen und Ausserrhoden über Zonen im Rheintal bis zum Sarganserländer Berggebiet. Damit kommt der Kanton den Vorgaben des Bundes nach, der im Rahmen der Energiestrategie den Ausbau vorgeschrieben hat.

Die Auswahl sei nicht etwa politisch motiviert, sondern faktenbasiert, sagte die Wilerin Susanne Hartmann in ihrer Begrüssung: «Auch ein Gebiet in meiner Heimatgemeinde ist dabei. Nicht, dass es heisst, wir würden das Thema auf andere abschieben.» Wenn die Energiewende gelingen soll, seien die Kantone darauf angewiesen, alle geeigneten Quellen zu nutzen, so die Umweltdirektorin. Die Gemeinden seien davon eben nicht betroffen, sondern daran beteiligt – über den Baurechtszins würden sie an Windrädern auf ihrem Boden mitverdienen.

Die Verankerung der 17 Standorte im Richtplan bedeutet keinesfalls, dass in allen Gebieten auch tatsächlich Windräder errichtet werden. Weder der Kanton noch die Gemeinden bauen die Windräder selbst. «Am Schluss hängt der Bau von Investoren ab», erklärt ein Mitarbeiter des Kantons am Informationsanlass. Einzig in Krinau



An verschiedenen Ständen informierten Fachleute über Windkraft und das Vorgehen des Kantons.

Bild: Andrea Plüss

oberhalb von Wattwil beschäftigen sich bereits Investoren konkret mit der Umsetzung. Bis 2035 sollen allerdings 100 Gigawattstunden pro Jahr mit Windrädern erzeugt werden. Dies entspricht rund 20 grossen Windrädern oder nach der Zählung des Kantons drei bis vier Windparks.

Aufklären und Inhalte vermitteln

Für die Vermittlung der Pläne hat der Kanton weder Kosten noch Mühe gescheut: Im Anschluss an die einleitenden Worte der Umweltdirektorin konnten die rund 150 Anwesenden an mehreren Stationen Fragen zu verschiedenen Themenbereichen stellen. Dabei ging es um den politischen Prozess und die Mitwirkung, aber auch darum, wie die Technologie funktioniert und wie die Gebiete ausgewählt wurden.

Um möglichst viele Fragen zu beantworten, waren knapp zehn Mitarbeitende des Kantons an mehreren Stationen im Einsatz. Kommunikationsverantwortliche bündelten die Fragen, während die Fachexperten des Kantons Rede und Antwort standen. Auch die Umweltdirektorin selbst scheute die Konfrontation mit jenen, die von den Vorschlägen wenig halten, nicht.

Das Aufgebot war angesichts der grossen Bedenken wohl gerechtfertigt. Denn das Spektrum

der Fragen war gross, und die Fachleute antworteten geduldig:

– Wird das Problem auf die ländliche Bevölkerung geschoben? – Die besten Standorte für Windräder würden nun einmal in der Höhe oder in den breiten Alpentälern liegen, dass man das Problem nicht bewusst auf die abgelegenen Regionen abwälze, beweisen allerdings Gebiete wie

«Auch ein Gebiet in meiner Heimatgemeinde ist dabei. Nicht, dass es heisst, wir würden das Thema auf andere abschieben.»



Susanne Hartmann
Regierungsrätin, Vorsteherin Bau- und Umweltdepartement Kanton St. Gallen

die Waldegg oberhalb St. Gallens.

– Ist Wind, wirtschaftlich gesehen, eine sinnvolle Energiequelle? – Mit 15 Rappen pro Kilowattstunde sei Wind eine konkurrenzfähige Energiequelle, selbst wenn keine Subventionen fliessen würden.

– Lässt sich der vermeintliche «Flutterstrom», gemeint war die unregelmässige Verfügbarkeit von Windenergie, sinnvoll nutzen? – Während Wasser und Sonne im Sommer am meisten Energie liefern, weht der Wind im Winter am kräftigsten, damit können Windkraftwerke die Winterlücke, in der die Schweiz heute Strom importieren muss, verkleinern.

Als Diskussionsplattform missverstanden

Schnell zeigten sich aber auch die Grenzen des Anlasses: Die meisten Anwesenden zeigten zwar Interesse an der Klärung ihrer Fragen. Einige, darunter Mitglieder verschiedener Vereine, die sich bereits in Opposition gegen Windräder gebildet haben, schienen vor allem an einer politischen Debatte interessiert. Die Antwort, dass diese im Rahmen der Mitwirkung stattfinden solle, die ab Mitte Mai auf die Informationskampagne folgen wird, stiess teils auf taube Ohren.

Letztlich wurde also doch intensiv über den Sinn von Wind-

kraft diskutiert – nicht in den vorgesehenen Fragerunden, dafür am Rande des Anlasses. Da sich Vertreterinnen und Vertreter des Kantons in dieser Diskussion zurückhielten, hatte die Gegnerschaft hierbei das letzte Wort.

Umweltdirektorin zieht positives Fazit

Auch wenn die Inputs aus der Bevölkerung in Einzelfällen gehässig wurden, zeigte sich Umweltdirektorin Hartmann am Ende der ersten Informationsveranstaltung sehr zufrieden. Ein paar Personen kämen immer mit gemachten Meinungen an Veranstaltungen wie diese. Aber: «Viele haben das Angebot genutzt, sich zu informieren.» Sie habe die Stimmung als gut empfunden und viele positive Rückmeldungen erhalten. Auch aus anderen Kantonen, wo man das St. Galler Vorgehen genau beobachtet.

Am Donnerstag ist das Team des Kantons bereits in Rapperswil zu Gast. «Logisch, bin ich da wieder dabei», sagt die Umweltdirektorin. Es gehe ihr keinesfalls nur um die Umsetzung einer Vorgabe aus Bundesbern: «Ich bin überzeugt, dass es Windenergie braucht, um die Stromversorgung sicherzustellen und uns von ausländischen Energieimporten unabhängig zu machen. Dafür kämpfe ich gerne.»

Die BTS bleibt auf der Strecke

Verkehr Weiterer Rückschlag für die Befürworter der Bodensee-Thurtal-Strasse (BTS). Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats sieht keine Notwendigkeit, das Strassenprojekt durch den Thurgau doch noch zu den tatsächlich zu realisierenden Projekten des Bundes hinzuzufügen. Das bestätigt SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher auf Anfrage. Sie gehört der Kommission an. Diese sehe «keine Notwendigkeit», das Bauvorhaben in den nächsten Ausbauschritt fürs nationale Strassennetz des Bundes aufzunehmen. Damit leistet die Kommission einer Petition aus dem Thurgau keine Folge.

Forderung: Volksentscheid von 2012 umsetzen

Vor mehr als einem Jahr lancierte die FDP Thurgau mit Unterstützung weiterer bürgerlicher Kräfte die Petition «BTS umsetzen – jetzt». Gemäss Petitionären haben 7000 Personen das Begehren unterschrieben. Die Forderung: Der Volksentscheid aus dem Jahr 2012 soll umgesetzt und die BTS in das Programm der nächsten Ausbauschritte aufgenommen werden. Im Rahmen des Strategischen Entwicklungsprogramms Nationalstrassen unterbreitet der Bundesrat dem Parlament alle vier Jahre einen Ausbauschritt zur Beratung. Dies soll in der kommenden Sommersession für den Realisierungshorizont 2030 geschehen – ohne die BTS.

Die Standesinitiative ist noch hängig

Die nationalrätliche Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen vertritt die Ansicht des Bundesamtes für Strassen (ASTRA), wie Graf-Litscher sagt. «Es wurde begrüsst, dass nun eine Analyse gemacht wird und Alternativen zur BTS geprüft werden.» Noch hängig ist auch eine ähnlich lautende Standesinitiative aus dem Thurgau. Diese ist in den entsprechenden Kommissionen in Bern bisher noch nicht behandelt worden.

In der Medienmitteilung der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrats zu den Ausbauprojekten der Strasseninfrastruktur findet die BTS keine Erwähnung. Gemäss Kommissionsmehrheit sollte ein Projekt nun noch für den Realisierungshorizont 2030 vorgezogen werden. Der Ausbau Le Vengeron-Coppet-Nyon sei prioritär einzustufen, da der Handlungsdruck auf diesem Abschnitt des Nationalstrassennetzes gross sei. 911 Millionen Franken sind dafür vorgesehen. (sme)

ANZEIGE

Ihr Schwimmbad – unsere Leidenschaft.

Neuanlagen. Sanierungen. Reparaturen. Wartungen. Chemikalien. Zubehör.

In Ihrer Nähe. Zuverlässig. Kompetent. Rascher Service.

Wir sind für Sie da.

Mo–Fr 8–12/13.30–17.30 Uhr und April, Mai, Juni: Sa 9–12 Uhr oder nach Vereinbarung



WALTER WIDMER AG
Schwimmbad- und Saunatechnik

Industriestrasse 24 | 9300 Wittenbach
T 071 298 54 54
www.ww-ag.ch | info@ww-ag.ch